

ARBEITERKLASSE UND FASCHISMUS

Die Frage nach dem Verhältnis des Faschismus zur Arbeiterklasse in der Phase seiner Herausbildung hat in letzter Zeit im Zuge der ideologischen Auseinandersetzung mit bürgerlichen Faschismustheorien - wie etwa der pseudomarxistischen Bonapartismustheorie und der Deutung des Faschismus als einer originären kleinbürgerlichen Protestbewegung - sehr an Bedeutung gewonnen. (1) In meinem Beitrag wird diese Frage am deutschen Beispiel untersucht.

Vor dem ersten Weltkrieg bildeten sich in der imperialistischen Bourgeoisie zwei entgegen gesetzte Haltungen der Arbeiterklasse gegenüber heraus, denen die von Lenin beschriebenen beiden unterschiedlichen Methoden des Regierens entsprachen. (2) Die „modernen“ Vertreter der imperialistischen Bourgeoisie - sie waren vorwiegend in den neuen Industriezweigen Elektro- und Chemieindustrie zu finden - und ihre Ideologen und politischen Interessenvertreter hatten in Deutschland bereits um die Jahrhundertwende erkannt, dass die Abstützung der kapitalistischen Ordnung lediglich durch das Bürger- und Kleinbürgertum nicht länger ausreichte, dass man sich vielmehr auch um eine Massenbasis in der Arbeiterklasse bemühen musste. Die Möglichkeit einer solchen Abstützung erblickten sie in dem bereits im Gange befindlichen Prozess der Umwandlung der revolutionären Sozialdemokratie in eine sozial-liberale Reformbewegung. Im Übergang der Führung der deutschen Sozialdemokratie und der von ihr geleiteten Gewerkschaften am 4. August 1914 auf die Position der Vaterlandsverteidigung erblickten diese Vertreter der deutschen Monopolbourgeoisie eine durchschlagende Bestätigung der Richtigkeit ihres Kurses.

Ihnen standen die Vertreter des „harten Kurses“, der Gewaltpolitik und der Verweigerung aller Zugeständnisse an die Organisationen der Arbeiterklasse gegenüber, die vor allem in der Schwerindustrie und natürlich bei den Junkern zu Hause waren. Die einzigen Organisationen, die sie den Arbeitern zugestanden, waren die unter dem Patronat der Unternehmer stehenden „Werkvereine“. Diese Haltung hatte ökonomische und politische Ursachen. Ökonomische: Es handelte sich dabei in der Regel um Vertreter solcher Industriezweige, die nicht im gleichen Maße gewinnträchtig waren wie die neuen Industrien und einem schärferen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt ausgesetzt waren. Politisch: Die Vertreter dieser Richtung wurden zumeist auch durch ihre politische Borniertheit daran gehindert, die vor sich gegangenen Veränderungen im Klassenkräfteverhältnis, das rasche Wachstum des Gewichtes der Arbeiterklasse, gebührend einzuschätzen. Sie hielten nach wie vor die Schaffung einer Massenbasis für die bürgerliche Ordnung in der Arbeiterklasse nicht nur für unmöglich, sondern auch für unnötig.

Daran änderte sich erst etwas - dann aber verhältnismäßig rasch - in den Jahren des ersten Weltkrieges, vor allem aber nach dem Sieg der Oktoberrevolution in Russland und nach der Novemberrevolution in Deutschland, also nach dem Eintritt des Kapitalismus in das Stadium seiner allgemeinen Krise. Der Krieg machte es auch den borniertesten Junkern und Militaristen klar, dass die Herrschenden ohne die Unterstützung wenigstens durch einen beträchtlichen Teil der Arbeiterklasse unfähig waren, ihren imperialistischen Zielen näher zu kommen. Die Oktoberrevolution schreckte die deutsche Bourgeoisie auf durch den Beweis, dass das Proletariat nicht nur die zahlenmäßige Stärke, sondern - zumindest in Russland - auch die politische Reife erlangt hatte, um der Bourgeoisie „das letzte Gefecht“ zu liefern.

In die Jahre des ersten Weltkrieges fallen somit nicht zufällig die ersten Versuche von Vertretern des „harten“ Kurses, auch in der Arbeiterschaft eine Basis für ihre Politik zu gewinnen. Diese Versuche hatten mit der bisherigen Politik dieser Kreise gemeinsam, dass sie nach wie vor auf die Ausschaltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gerichtet waren. Während die Vertreter der „wendigen“ imperialistischen Politik die Arbeiter mit Hilfe der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer vor den imperialistischen Karren spannen wollten, war das ausgesprochene Ziel der anderen bourgeois Fraktion die sog. „Nationalisierung“ der deutschen Arbeiter und ihre „Befreiung“ von ihren bisherigen sozialdemokratischen Führern, wie das in ihrer Terminologie hieß. Unverändert, jedoch bis zum äußersten Vernichtungswillen gesteigert, blieb der Hass gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung. Der alte Wunsch nach Zerschlagung der Arbeiterbewegung verschmolz jetzt mit dem Wunsch nach einer starken Stütze in der Arbeiterschaft zu einem neuartigen Bedürfnis, dem Bedürfnis nach Erfüllung der zweieinigen Aufgabe des Vernichtungskampfes gegen die Arbeiterbewegung bei gleichzeitiger Gewinnung breiter Kreise der Arbeiter.

Zur Lösung einer solchen Doppelaufgabe war jedoch keine der vorhandenen Organisationen auf der politischen Rechten geeignet. Dieser Umstand rief das Bedürfnis nach einer neuen Organisation hervor, die fähig sein würde, diese Doppelaufgabe zu lösen. Im Kapitalismus hat das Gesetz von Nachfrage und Angebot auch im Bereich der Politik Geltung. Die neuartige Organisation entstand mit Notwendigkeit, nachdem die Nachfrage nach ihr sich stark und deutlich genug auf dem Markt der Politik bemerkbar gemacht hatte. Sie entstand jedoch nicht als fertiges Gebilde, sondern entwickelte sich aus verschiedenen Organisationskeimen.

Die meisten solcher Keime wurden von Mitgliedern des Alldeutschen Verbandes gepflanzt; dieser Verband besaß bekanntlich enge Beziehungen zu Vertretern der Schwerindustrie (Emil Kirddorf, Albert Vögler, Alfred Hugenberg, Paul Reusch u.a.) und des Großgrundbesitzes (Graf Arnim-Muskau, Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode, Gertzlaff von Hertzberg-Lottin, Baron von Manteuffel-Katzdangen u. a.). Die faschistische Partei als schließliches Ergebnis dieser Bemühungen wurde nicht erfunden, sondern als die am besten den neuen Bedürfnissen der reaktionärsten Kreise der imperialistischen Bourgeoisie entsprechende Organisation in einer Art Ausleseprozess gefunden. Dieser Prozess war besonders deshalb langwierig, weil gerade die genannten Kreise der Bourgeoisie erst dann bereit waren, die Gründung einer nach außen hin vor ihr unabhängigen „nationalen Arbeiterpartei“ zu unterstützen, nachdem sie erwiesen hatte, dass alle anderen Organisationsformen nicht zum Ziele führten.

Am Anfang stand der Versuch, die Arbeiter im Rahmen der als „Volkspartei“ deklarierten, am 3. September 1917 gegründeten extrem nationalistischen „Deutschen Vaterlandspartei“ an die Seite des „nationalen“ Bürgertums zu ziehen. (3) Hinter dieser Gründung standen maßgebliche Kreise der Monopolbourgeoisie, des Junkertums und der Militaristen. Vorsitzender war der Großadmiral Alfred v. Tirpitz, zweiter Vorsitzender der Vertrauensmann der ostpreußischen Junker Wolfgang Kapp, führender Alldeutscher und seit 1912 Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Bank. (4)

Trotz großer Bemühungen - so wurde z. B. in der Parteileitung eine „Arbeiterabteilung“ mit der Aufgabe der Werbung und „nationalpolitischen Aufklärung“ unter den Arbeitern eingerichtet (5) -erwies sich der Versuch als glatter Fehlschlag. Die Masse der Arbeiter erkannte in dieser Vaterlandspartei die Interessenvertretung ihrer schlimmsten Feinde. Bei den Hintermännern der Va-

terlandspartei setzte sich die Erkenntnis durch, dass es ein vergebliches Unterfangen war, größere Massen von Arbeitern durch Organisationen gewinnen zu wollen, die von Vertretern der Bourgeoisie geführt wurden. Aus diesem Grunde wurde an alte Pläne angeknüpft, die „Gelben“ - die wirtschaftsfriedlichen Werkvereinsverbände - zum Ausgangspunkt für die Schaffung einer „nationalen“ Arbeiterorganisation zu machen, die nach außen hin organisatorisch selbständig war.

Schon im Sommer 1917 hatte der Leiter eines Werkvereins in einem Kruppschen Betrieb in Bremen, Wilhelm Wahl, in enger Zusammenarbeit mit dem 1916 von der Alldeutschen lancierten „Unabhängigen Ausschuss für einen deutschen Frieden“ einen „Freien Ausschuss für einen Deutschen Arbeiterfrieden“ gegründet, der zum Ausgangspunkt für die Gründung entsprechender Ausschüsse in anderen Orten Deutschlands wurde. (6) So begann z. B. Anton Drexler, Gründer der DAP, aus der bekanntlich die NSDAP hervorging, seine politische Laufbahn als Gründer eines „Freien Arbeiterausschuss für einen guten Frieden“ in München. Wilhelm Wahl wie auch Drexler beabsichtigten, durch eine sozialimperialistische Propaganda, die sich einer antikapitalistischen Demagogie - allerdings nur gegenüber dem Kapitalismus der Ententemächte, insbesondere gegenüber England - bediente, Einbrüche in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter zu erzielen. (7) Drexler trat um dieses Zieles willen aus der Vaterlandspartei aus und wurde Mitglied im freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverband, um eine größere Agitationsbasis zu erhalten. (8)

Nach dem Januarstreik von 1918 wurden von schwerindustrieller Seite und von der militärischen Spitze verstärkt Bemühungen unternommen, die „Gelben“ noch in anderer Weise als organisatorische Basis in der Arbeiterschaft für die Abstützung der Expansionspolitik des deutschen Imperialismus zu benutzen. Paul Reusch, Generaldirektor des Hanielkonzerns, aber auch Hindenburg und Ludendorff betrieben den Zusammenschluss aller „gelben“ Vereine zu einer „Arbeitsgemeinschaft“. Sie hofften, dadurch eine Organisation mit mindestens einer halben Million Arbeitermitgliedern als eine „geschlossene Macht“, zu erhalten, stark genug, auf die Regierung Druck auszuüben bzw. ihr als Stütze zu dienen. (9)

Andere Kreise, voran Wolfgang Kapp, gelangten zu der Überzeugung, dass man noch weitergehen müsse, bis zur Gründung einer „nationalen Arbeiterpartei“. Kapp gehörte zu denjenigen, die schon relativ früh auch in der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ideologische Eroberungen machen wollten. (10) Als ihm Anfang November 1917 Wilhelm Gellert, ein Angestellter des Kalisyndikats, der schon längere Zeit in der Angestelltenbewegung tätig war, den Plan der Gründung einer Arbeiter- und Angestelltenpartei unterbreitete, ließ er ihm seine volle Unterstützung.

Die Argumente Gellerts, die Kapp offenkundig einleuchteten, zeigten, wie viel die Kreise, die von Kapp repräsentiert wurden, im Verlaufe des Krieges hinsichtlich der Massenbehandlung, insbesondere der Behandlung von Arbeitern, dazugelernt hatten; sie zeigten aber zugleich auch die Grenzen ihrer Lernfähigkeit. Gellert führte Kapp gegenüber aus, die „Rettung von der sozialdemokratischen Verseuchung“, könne nur durch eine nationale Bewegung kommen, die sich die Arbeiter und Angestellten selbst schüfen. Er denke sich „die Deutsche Arbeiterpartei nicht als ein Anhängsel der Vaterlandspartei, sondern als völlig selbständige Partei, weil sie nur als solche Aussicht hätte, gegen die Sozialdemokratie aufkommen zu können“. Die Vaterlandspartei dürfte, so Gellert, „kaum tief in die Arbeiterschaft eindringen, wohl aber vermag das eine reine Arbeiterpartei, die zunächst fast die gleichen Ziele hat.“ (11)

Mit Unterstützung Kapps und der Führung der Vaterlandspartei gründete Gellert im Februar 1918 die „Deutsche Arbeiter- und Angestellten-Partei,, (DAAP); durch Kapps Fürsprache wurde er im Sommer 1918 vom Kalisyndikat für seine Tätigkeit als Vorsitzender der Partei freigestellt. (12)

Die Gründung dieser Partei war nicht nur für den Augenblick gedacht, sondern erfolgte vor allem in Hinblick auf die Zeit nach dem Kriege. Mit dieser Gründung sollte, so wieder Gellert, eine dauerhafte „Wendung in der Arbeiterbewegung nach der vaterländischen Seite hin,, herbeigeführt werden. Falls eine solche Partei nicht geschaffen werde und die Arbeiterschaft nach ihrer Rückkehr aus dem Felde nur die alten Organisationen vorfinde, bleibe ihr gar nichts anderes übrig, als diesen wieder beizutreten „so dass sich für den Sozialismus wieder Gelegenheit bietet, Triumphe zu feiern., (13) Wenn eine Wendung herbeigeführt werden solle, dann dürfe nicht neuer Wein in alte Schläuche, d. h. in schon bestehende Organisationen, gegossen werden, sondern „man muss etwas Neues schaffen,,. Nur dann habe man die Möglichkeit, „die Arbeiterbewegung in eine bestimmte Richtung, wie man sie für richtig und den Arbeitern wie dem Reiche für nützlich hält, zu lenken., (14)

Mit aller Deutlichkeit ist hier zum Ausdruck gebracht, worum es den reaktionärsten Kreisen der herrschenden Klasse ging: nicht nur um ein Gegengewicht gegen die bisherige Arbeiterbewegung, sondern um deren Beseitigung und Ersetzung durch eine von jenen Kreisen gelenkte nationalistische Pseudo-Arbeiterbewegung.

So deutlich Gellert das Ziel zu formulieren verstand, so sehr fehlte ihm die Fähigkeit eines massenwirksamen Agitators. Zwar unterschied sich der Gründungsaufwurf seiner Partei kaum von dem späterer ähnlicher Gründungen, darunter auch der Drexlerschen Deutschen Arbeiterpartei; vielmehr enthielt er schon deren antikapitalistische Demagogie und antisemitische Hetzparolen. Doch gingen diese mehr auf das Konto seiner Hintermänner aus der Vaterlandspartei als auf sein eigenes. (15) Gellert selbst war von lächerlichem Stolz darüber erfüllt, dass ihm der „Aufstieg,, vom Arbeiter zum Angestellten gelungen war, und er war beschränkt genug, diesen seinen persönlichen „Erfolg,, als Modell des Aufstiegs für alle Arbeiter zu betrachten und zu propagieren. In einem antigewerkschaftlichen Flugblatt seiner Partei aus dem April 1919 gab er auf die Frage, wie der „Arbeitnehmer,, seine Lage verbessern könne, zur Antwort: „So, wie es immer gewesen ist, ehe es Gewerkschaften gab, und wie es auch heute noch der Strebsame tut: durch Emporsteigen des Einzelnen von Stufe zu, durch Stellenwechsel, durch Selbständigmachung... Die Stellung als Arbeitnehmer muss gleichsam nur eine Übergangszeit sein für den, der emporstrebt., (16)

Es nimmt nicht wunder, dass die DAAP bei einem solchen Programm ihres Vorsitzenden weder bei den Arbeitermasse noch bei jenen kleinbürgerlichen Elementen Anklang fand, deren Sorge nicht darin bestand, auf der sozialen Stufenleiter weiter voranzukommen, sondern darin, nicht auf die untersten Sprossen hinab gestoßen zu werden. Im August 1920 hörte sie zu existieren auf.

Aber ihre Gründung war ein wichtiger Markstein auf dem Wege der Herausbildung einer Partei faschistischen Typs. Sie war entstanden als Folge der Einsicht der Hintermänner der Vaterlandspartei, „dass die Parolen Nationalismus und Wirtschaftsfrieden durch neue ideologische Versatzstücke ergänzt werden müssten ebenso wie das praktizierte Organisationsmodell durch parteipolitische Neubildungen,, wollte man Arbeiter und Angestellte „links von den Gelben,, mobilisieren., (17)

Dass nunmehr auch diese reaktionärsten Kreise der herrschenden Klasse Deutschlands dies wollten, war eine bedeutsame Neuorientierung. Sie war eine Folge des Eintritts des Kapitalismus in das Stadium seiner allgemeinen Krise und gab den unmittelbaren Anstoß für die Bereicherung des Feldes der bürgerlichen Parteien durch Parteigeilde faschistischen Typs.

Zunächst allerdings zwang die Novemberrevolution die Vertreter aller Fraktionen und Flügel der Monopolbourgeoisie auf die Linie derjenigen, die in der „Arbeitsgemeinschaft“, mit der Sozialdemokratie, mit den reformistischen Gewerkschaften, das geeignetste Mittel zur Rettung vor dem Bolschewismus und zur Rekonsolidierung der bürgerlichen Ordnung sahen.

Kaum war jedoch die akute Gefahr für die kapitalistische Ordnung in Deutschland gebannt, als auch schon die scharfmacherischsten Kräfte der Monopolbourgeoisie und ihre politischen Handlanger auf ihre alte Linie zurückschwenkten und darangingen, die politischen, ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen für den Kampf zum Sturz der aus der Revolution hervorgegangenen Republik zu schaffen.

Eine von den vielen Organisationen, die diesen Bemühungen ihr Entstehen verdankten, war die von Anton Drexler mit tatkräftiger Unterstützung seiner alldeutschen Hintermänner am 5. Januar 1919 gegründete „Deutsche Arbeiterpartei“. Bereits der Name dieser Gründung weist darauf hin, dass Drexler und seine Mentoren mit dieser Partei die schon mit dem „Arbeiterrausschuss für einen guten Frieden“, begonnenen Versuche fortzusetzen gedachten, vor allem in der Arbeiterschaft eine breite Basis für die extrem nationalistische und reaktionäre Politik der Alldeutschen und der hinter ihnen stehenden monopolistischen Kreise zu schaffen.

Drexler hatte vieles mit seinem Vorläufer Gellert gemeinsam. Wie diesem schwebte ihm als Ziel seiner Gründung vor, die Masse der Arbeiter dem Einfluss der Sozialdemokratie und der „Spartakisten“, - die KPD war gerade erst gegründet worden - zu entziehen. Wie Gellert ging er davon aus, dass dieses Ziel nicht mit einer offen bürgerlichen Partei zu erreichen war, sondern nur mit einer Partei, die sich als Arbeiterpartei deklarierte. Wie Gellert war er bei dieser seiner Gründung nur eine Figur im politischen Spiel seiner großbürgerlichen Hintermänner. Und schließlich war er auch darin Gellert ähnlich, dass sein kleinbürgerliches Aufstiegsdenken es ihm ganz unmöglich machte, seiner Partei Anziehungskraft auf andere als bereits im kleinbürgerlichen Denken befindliche Arbeiter zu verschaffen; wie Gellert fand er nicht einmal wirksame Parolen für jene Kleinbürgermassen, die später von der NSDAP unter seinem Nachfolger Hitler mobilisiert wurden. In den Richtlinien, die er auf der Gründungsversammlung der DAP bekannt gab, hatte er zwar seine Partei als eine „sozialistische Organisation“, bezeichnet, im übrigen aber Gedanken zu Papier gebracht, die seine mangelnde Qualifikation für die Lösung der Aufgabe, die er sich selbst gestellt hatte, deutlich zutage treten ließen. Da hieß es beispielsweise, die DAP wolle „die Adellung des deutschen Arbeiters,; jeder ansässige Arbeiter habe ein Recht, zum Mittelstand gerechnet zu werden; es müsse ein scharfer Trennungsstrich zwischen Arbeiter und Proletarier gezogen werden. (18) Kein Zweifel, unter Drexlers Führung war die DAP auf die Dauer zum gleichen Schicksal verurteilt wie die Gellertsche DAAP.

Wenn sie davor bewahrt blieb, dann verdankte sie das vor allem einigen Offizieren des in München stationierten bayerischen Reichswehr-Gruppenkommandos, insbesondere dem Leiter der Nachrichtenabteilung, Hauptmann Karl Mayr, und Hauptmann Ernst Röhm, Stabsoffizier des Infanterieführers der bayerischen Division, Ritter von Epp.

Die deutschen Militärs hatten nicht weniger, sondern eher noch mehr als die Monopolherren im Kriege die Erfahrung machen müssen, dass ohne einen starken Rückhalt in der Arbeiterschaft kein Krieg zu führen, geschweige denn zu gewinnen ist. Diesen Rückhalt zu erlangen, war deshalb eine ihrer dringlichsten Sorgen geworden. Dabei trat in ihren Reihen die gleiche Differenz über den Lösungsweg zutage wie innerhalb der Monopolbourgeoisie: während der überwiegende Teil zunächst keine andere Möglichkeit sah, als diesen Rückhalt in der Sozialdemokratie und den reformistischen Gewerkschaften zu suchen - diese Richtung wurde vor allem von General Wilhelm Groener und seinem engen Mitarbeiter, dem damaligen Oberleutnant Kurt von Schleicher, zeitweilig auch von General Hans von Seeckt repräsentiert -, strebten andere, an ihrer Spitze General Erich Ludendorff - für das „nationale„ Deutschland der „größte Feldherr„ des Weltkrieges - nach möglichst rascher und gründlicher Vernichtung der Sozialdemokratie (und natürlich erst recht der Kommunistischen Partei) und nach Schaffung einer „nationalen„ Arbeiterbewegung. Darum nahm er sich nach seiner Übersiedlung nach München auch der NSDAP und ihres Führers Hitler an. In ihr sah er die Organisation, die geeignet war, „den international denkenden Arbeiter wieder national„ zu machen; das aber war nach seiner Überzeugung die Voraussetzung für ein Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus. (19)

Auf der Suche nach brauchbaren Ansätzen für eine „nationale„ Arbeiterpartei hatte schon vorher die Drexlersche DAP das Interesse von Hauptmann Mayr erweckt. Er entschloss sich, den Versuch zu unternehmen, aus dieser Partei eine Organisation zu machen, die sich für den militanten Einsatz gegen die Arbeiterparteien und die Republik wie für die „Nationalisierung„ der Arbeiterschaft gleichermaßen eignen sollte. Aus diesem Grunde schickte er einige seiner Schützlinge, darunter auch den damals noch der Truppe angehörenden Adolf Hitler, zur Beobachtung und Berichterstattung in Versammlungen dieser Partei. Er wollte aus der „nationalen Arbeiterpartei„ einen „starken Stoßtrupp„ machen für den Kampf gegen die Republik, wie er an den nach dem Scheitern seines Putsches nach Schweden geflohenen Wolfgang Kapp im September 1920 schrieb. In diesem Brief berichtete er, dass er sich bereits seit Juli 1919 mit der Stärkung der DAP beschäftige, für die er schon „sehr tüchtige junge Leute auf die Beine gebracht„ habe, darunter einen „Herr Hitler„, der „eine bewegende Kraft geworden„, und „ein Volksredner 1. Ranges„ sei. (20)

In einer Denkschrift des Ritters von Epp vom Dezember 1922 wurde über die NSDAP ausgeführt: „Die unter der Regierung Kahr in den bürgerlichen und bäuerlichen Kreisen geweckten nationalen Kräfte haben durch die nationalsozialistische Bewegung Hitlers in den Arbeiterkreisen starke Bundesgenossen gefunden„, (21) Epp war mit dieser Einschätzung zwar Opfer einer übertriebenen Information geworden; aber sie zeigt doch, worin diese Kreise den spezifischen Auftrag für die Naziartei erblickten. Das wird noch erhärtet durch die Ausführungen des deutschnationalen Abgeordneten Friedrich Hilpert im bayerischen Landtag; er gab dort im Juli 1920 seiner Erwartung und Hoffnung Ausdruck, dass die NSDAP den „nationalen Gedanken„, in die deutsche Arbeiterschaft tragen werde; denn solange dieser Gedanke nur die bürgerlichen Parteien erfasse, könne er die Gesundheit nicht herbeiführen. (22)

Dies blieb während der gesamten Dauer der Weimarer Republik eine der beiden hauptsächlichen Erwartungen gegenüber der NSDAP. Das soll an einigen wenigen Beispielen nachgewiesen werden. Am 20. Juni 1926 schrieb die Rheinisch-Westfälische Zeitung, ein Sprachrohr des Ruhrberghaus, in ihrem Bericht über einen Auftritt Hitlers vor Ruhrindustriellen: „Die Tatsache, dass man der Einladung zu diesem Vortrag seitens der ersten Wirtschaftskreise so zahlreich gefolgt

war, beweist am besten, zu welcher Bedeutung die nationalsozialistische Bewegung unter der Führung Adolf Hitlers bereits gelangt ist. Sie muß um so mehr auch von der Wirtschaft beachtet werden, als sie sich ja in erster Linie auf den Arbeiter erstreckt und um dessen deutsche Seele ringt.,, (23)

Im August 1930 kennzeichnete das Mitteilungsblatt der Parteiführung der DNVP die von ihr gewünschte Arbeitsteilung zwischen Nazipartei und DNVP folgendermaßen: „Das Ziel einer möglichst beschleunigten politischen Entwicklung im Sinne der nationalen Rechten ist aber nur dann zu erreichen, wenn die Deutschnationale Volkspartei in möglichst weitgehendem Maße alle entschieden national, aber zugleich auch privatwirtschaftlich eingestellten Bevölkerungskreise zusammenfasst, und wenn der Nationalsozialismus die Aufgabe übernimmt und durchführt, Sozialisten internationaler Denkungsart zu Sozialisten nationaler Denkungsart zu machen.,, (24)

Voller Enttäuschung vermerkte die großbürgerliche Berliner Börsenzeitung in einer Betrachtung zum Wahlergebnis des 14. September 1930: „Die Tatsache besteht dass die rote Burg des Marxismus in der gegenwärtigen Wellenbewegung dieser Wahl sich als unerschütterlich erwiesen hat... Es ist den Nationalsozialisten nicht gelungen, die Idee zu verwirklichen, ...die deutsche Arbeiterschaft dem Internationalismus zu entreißen und den deutschen sozialistischen Arbeiter zum Nationalismus zu erziehen.,, (25)

Die Naziführer waren sich des Auftrages zur „Nationalisierung der Arbeiterschaft,, voll bewusst und unternahmen nicht geringe Anstrengungen, ihm gerecht zu werden. Hitler selbst pries sich und seine Partei in allen Reden, die er an die Adresse seiner monopolistischen Gönner, Finanziers und Auftraggeber richtete, als die einzige Kraft an, die einen solchen Auftrag zu erfüllen fähig sei.

1922 richtete Hitler einen Bettelbrief an Unternehmerkreise, dessen Argumentation zeigt, dass er ausgezeichnet begriffen hatte, worauf es den Kräften der herrschenden Klasse, denen er sich anbot, ankam. In dem Schreiben gab er nämlich eine ziemlich exakte Formulierung für die Doppelaufgabe der Vernichtung der Arbeiterbewegung und der Gewinnung der Arbeiterschaft. Er schrieb: „Ihr (der NSDAP - K. G.) Ziel heißt ganz kurz: Vernichtung und Ausrottung der marxistischen Weltanschauung. Mittel hierzu sollen sein 1. eine unvergleichliche, genial aufgezogene Propaganda- und Aufklärungsorganisation, alle Möglichkeiten menschlicher Beeinflussung erfassend, 2. eine Organisation rücksichtsloser Kraft und brutalster Entschlossenheit, bereit, jedem Terror des Marxismus einen noch zehnfach größeren entgegenzusetzen, die so genannte ‚Sturmabteilung‘ der Bewegung.,, (26) Und weiter: „Solange auch nur bei einem Drittel unseres Volkes diese Verneinung des Staates und des eigenen Volkstums vorhanden ist, ist jeder Wiederaufstieg... unmöglich... Tatsächlich stellt die Summe der ‚international-marxistisch‘ eingestellten Angehörigen unseres Volkes über 40 % unserer Gesamtbevölkerung dar. Eine entsetzliche Wahrheit besonders deshalb, weil in diesen 40 % die aktivsten, tatkräftigsten Elemente der Nation zur Zeit vereinigt sind.,, (27) Hier haben wir das Grundmuster der Argumentation nahezu aller Hitlerreden vor Vertretern des Monopolkapitals: den Hinweis darauf, dass die Hälfte des deutschen Volkes internationalistisch-marxistisch eingestellt sei; die Feststellung, solange das so sei, könne es keinen „Wiederaufstieg,, geben, und die Behauptung, nur die NSDAP sei imstande, erstens den Marxismus auszurotten, zweitens die Arbeiterschaft für die „Nation,, wiederzugewinnen. Auch dafür einige wenige Beispiele.

Am 28. Februar 1926 sprach Hitler vor den Großindustriellen und Großkaufleuten Hamburgs. Dabei führte er aus: „Mehr als die Hälfte aller erwachsenen männlichen und weiblichen Einwohner ist bewusst antideutsch eingestellt... Die Frage der deutschen Wiedererhebung ist eine Frage der Vernichtung der marxistischen Weltanschauung in Deutschland. Wenn diese Weltanschauung nicht ausgerottet wird, wird Deutschland niemals wieder emporsteigen. Wir haben 15 Millionen, die bewusst und gewollt antinational eingestellt sind, und solange diese 15 Millionen, die den lebendigsten und kräftigsten Teil repräsentieren, nicht in den Schoß des gemeinsamen Nationalgefühls und Empfindens zurückgeführt werden, ist jede Rede von Wiederaufstieg und Wiedererhebung Geschwätz und ohne jede Bedeutung. ...Die Zertrümmerung und Vernichtung (der marxistischen Weltanschauung), das ist etwas wesentlich anderes, als das, was die bürgerlichen Parteien als Ziel vor Augen haben. Den bürgerlichen Parteien schwebt als Ziel nicht die Vernichtung vor, sondern nur ein Wahlsieg.“ (28)

Als Hitler im Jahre 1927 Kirdorf persönlich seine Gedanken vortragen durfte (die er später auf Wunsch Kirdorfs in einer Broschüre schriftlich niederlegte) (29), führte er aus: „Das deutsche Volk zerfällt immer stärker in zwei sich todfeindlich gegenüberstehende Lager... die Voraussetzung zu einer wirklichen Wiedererhebung der deutschen Nation ist... die Wiedergewinnung der inneren Kraft der Nation, die in einer allgemeinen solidarischen Erkenntnis über die Notwendigkeit ihres Bestandes und der daraus sich ergebenden Verbundenheit liegt... Die nationalsozialistische Bewegung erkennt... als wesentlichste Voraussetzung für die Bildung eines einheitlichen Nationalkörpers die restlose Eingliederung des so genannten vierten Standes in die Volksgemeinschaft. ...Sie wünscht, dass diese Millionenmassen unseres Volks gutes aus den Händen ihrer derzeitigen internationalen, meist undeutschen Verführer und Leiter genommen wird und ihre volle Eingliederung in den Rahmen der Nation und des Staates finden. Sie vollzieht zunächst diesen Prozess vorbildlich in ihren eigenen Reihen und liefert damit den Beweis für die Möglichkeit der Durchführung des Entschlusses., (30) Nachdrücklich betonte Hitler, dass die NSDAP sich die Vernichtung der Weimarer Republik zum Ziele setze: sie sei, so führte er aus, „kein Wehrverband zum Schutze des heutigen Staates, sondern eine Kampforganisation zur Überwindung desselben und zur Schaffung eines neuen Reiches., (31)

In seiner berühmt-berüchtigten Rede vor den führenden Monopolisten am 26. Januar 1932 griff Hitler wieder auf die gleichen Leit motive zurück: „Wie soll ein Volk überhaupt noch einen Faktor nach außen darstellen, wenn 50 Prozent am Ende bolschewistisch orientiert sind und 50 Prozent nationalistisch oder antibolschewistisch? ...es ist undenkbar, ein starkes und gesundes Deutschland zu schaffen, wenn 50 Prozent seiner Angehörigen bolschewistisch und 50 Prozent national orientiert sind!., (32) Und: „Der Marxismus muss ausgerottet werden! Und wenn man uns unsere Unduldsamkeit vorwirft, so bekennen wir uns stolz zu ihr - ja, wir haben den unerbittlichen Entschluss gefasst, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten. ...70 Jahre lang haben die bürgerlichen Parteien Zeit zum Arbeiten gehabt. Wo ist die Organisation, die sich mit der unsrigen vergleichen könnte? Wo ist die Organisation, die so wie die unsrige, ...wenn notwendig, 400.000 Männer auf die Straße hinausbringt, die blinden Gehorsam in sich tragen, die jeden Befehl vollziehen...? (33)

Aber nicht nur Hitler, auch andere Naziführer ließen sich ganz ähnlich oder noch pointierter zu diesem Thema aus. So schrieb etwa Reinhold Muchow, der spätere Reichsorganisationsleiter der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO), im November 1928 in der Berliner Arbeiter-Zeitung des Strasserschen Kampf-Verlages: „Viele Energien der Nationalsozialistischen Partei werden nutzlos verschwendet für die Gewinnung von Volksgenossen aus den Wehrver-

bänden, Bünden, sogar bürgerlich-nationalen Parteien... Die Gefahr ist sehr groß, dass wir durch diesen Opportunismus auf die Ebene einer radikalisierten Nur-Antisemiten- und Kleinbürgerpartei abrutschen.,, Die eigentliche Mission sei jedoch, wie es Hitler klargestellt habe, die Gewinnung des deutschen Arbeiters. (34)

Einer der adligen Naziführer, der allerdings immer eine Sonderrolle spielte, Ernst Graf zu Reventlow, schrieb gar im Mai 1930: „Die Gewinnung eines einzigen Arbeiters für die nationalsozialistische Bewegung ist unendlich wertvoller als Beitrittserklärungen von einem Dutzend Exzellenzen, überhaupt von ‚gehobenen‘ Persönlichkeiten.,, (35)

Alle diese Ausführungen, besonders aber die Hitlerschen, machen deutlich, dass die Naziführer sich der Rolle und Bedeutung ihrer Partei als einer Spezialorganisation der herrschenden Klasse zur Lösung der neuartigen Doppelaufgabe völlig bewusst waren. Sie machen auch deutlich, dass die Kombination von Terror und Sozialdemagogie von den Naziführern ganz bewusst für die Lösung dieser Aufgabe eingesetzt wurde.

Damit kommen wir zur Beantwortung einer weiteren Frage: Welche Auswirkungen hatten diese Bemühungen auf die Herausbildung der spezifischen Besonderheiten des deutschen Faschismus?

Entgegen der weit verbreiteten Ansicht, dass die Kombination von radikalstem Terrorismus mit Sozialdemagogie aus dem Bestreben der Faschisten hervorging, im Kleinbürgertum eine Massenbasis gegen die Arbeiterbewegung zu schaffen, ist diese Kombination in *erster Linie* das unvermeidliche, gewissermaßen organisch gewachsene Ergebnis des Bemühens um die Lösung der Doppelaufgabe, die Arbeiterbewegung zu vernichten, aber die in ihr organisierten Arbeiter zu gewinnen.

Hitler selber hat das in seiner Rede vor den Hamburger Honoratioren deutlich ausgesprochen, als er formulierte: „Wenn man begriffen hat, dass die Schicksalsfrage darin besteht, dass der Marxismus gebrochen wird, dann muss auch jedes Mittel recht sein, das zum Erfolg führen kann. Das ist das erste: eine Bewegung, die das durchführen will, muss sich an die breite Masse wenden, an die Masse, mit der der Marxismus selber kämpft... In der Masse liegt die Quelle aller Kraft... Diese breite, sture Masse, die vernarrt, verbohrt für den Marxismus kämpft, ist die einzige Waffe für die Bewegung, die den Marxismus brechen will. Wenn eine Bewegung aber an die breite Masse appellieren will, in der Erkenntnis, dass man nur mit ihr allein das machen kann, und wenn die gestellte Frage die Lebensfrage der Nation an sich ist, tritt das große Recht in Erscheinung, dass dann jedes Mittel zu verantworten ist, das zum Ziele führt... Wenn ich die breite Masse in den Schoß der deutschen Nation zurückzuführen vermag, wer wird mir da später Vorwürfe über die Mittel machen? ... Wenn wir siegen, wird der Marxismus vernichtet, und zwar restlos.,, (36)

Natürlich bedeuteten diese Ausführungen nicht, dass die Nazis ihre gesamte Demagogie nur auf dieses eine Ziel der Gewinnung von Arbeitern richteten. Von Anfang an gaben sie sich für die Interessenvertreter aller Deutschen, vor allem aller benachteiligten Schichten, besonders auch des so genannten Mittelstandes, aus. Aber in diesem Punkte unterschieden sie sich von den anderen bürgerlichen Parteien einschließlich der DNVP, nur graduell durch eine radikalere Tonart, mit der sie die „Mittelstands„forderungen vortrugen. Jedoch setzte sich keine andere bürgerliche Rechtspartei - von faschistischen Konkurrenzunternehmen abgesehen - die Eroberung der organisierten Arbeiterschaft zum Ziel.

Obwohl Hitler- wie seine Ausführungen zeigten - bereit war, jedes Erfolg versprechende Mittel zur Erreichung dieses Zieles anzuwenden, fehlte ihm die notwendige Kenntnis und das Einfühlungsvermögen in die geistige Welt, in das Denken und Fühlen der sozialistisch organisierten Arbeiter, um ermessen zu können, welche Konsequenzen ein solches Vorhaben nach sich ziehen würde. Wenngleich Hitler den Gellert und Drexler die Schulung durch den Militärdienst und die Reichswehrkurse voraus hatte - sie hatten ihm geholfen, sich von altmodischen Skrupeln zu befreien, sofern er solche vor dem Kriege gehabt haben sollte; sie hatten ihm den festen Glauben an die unbegrenzte Wirkung der Gewalt eingebläut, hatten ihm die Bedeutung der straffen Organisiertheit und Disziplin für den Erfolg einer politischen Bewegung und noch manches andere bewusst gemacht -, war er ihnen doch insofern ähnlich geblieben, als er zunächst glaubte, er brauche den Arbeitern nur sein eigenes, abstruses Weltbild vorzuführen, um sie von ihrem bisherigen „Irrglauben,, zu befreien. Er vertraute der manipulativen Wirkung der Argumente, die ihm selbst eingeleuchtet hatten: dass die Weltgeschichte nicht ein Kampf der Klassen, sondern der Rassen sei; dass die Besserstellung des Arbeiters nur durch Befreiung vom Versailler Vertrag und Eroberung von „Lebensraum,, möglich sei; dass die Wurzel aller sozialen Ungerechtigkeit in der „Zinsknechtschaft,, liege, und dass diese eine jüdische Erfindung sei wie überhaupt alle Übel in dieser Welt, deren allerschlimmste der Marxismus und der Sowjetstaat seien. Es war dies genau die Argumentationslinie, die solche Förderer Hitlers wie der Ruhrmagnat Kirdorf für zulässig hielten.

Dementsprechend war auch das Programm der NSDAP sehr zurückhaltend in der Formulierung „sozialistischer,, Forderungen. Immerhin konnten seine Verfasser - Anton Drexler, Gottfried Feder und Hitler - nicht umhin, einige Punkte aufzunehmen, in denen Arbeiter Forderungen sehen sollten, die ihnen als „Arbeiterforderungen,, vertraut waren. So konnte man den Punkt 7 („Wir fordern, dass sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen,,) als Umschreibung der Forderung nach dem Recht auf Arbeit ansehen; ganz besonders „sozialistisch,, sollte aber Punkt 11 klingen, der da forderte: „Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens,,. Das klang doch ganz so, wie der Grundsatz der Arbeiterparteien: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen,,. Allerdings lautet der zweite Satz des Punktes 11: „Brechung der Zinsknechtschaft,, und das war nun eine Forderung, mit der ein Arbeiter überhaupt keine reale Vorstellung verbinden konnte, um so mehr jedoch die selbständigen Handwerker, Ladenbesitzer, Kleinunternehmer, Bauern usw. Für die Wirkung vor allem auf Arbeiter berechnet war wiederum Punkt 12: „Wir fordern restlose Einziehung aller Kriegsgewinne,, sowie die folgenden Punkte: „Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe,, (13.); „Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben,, (14.); „Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Alters-Versorgung,, (15.). Auch der Punkt 17 („Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke,,) war aus den Programmen der Arbeiterparteien entlehnt und zielte vor allem auf Landarbeiter und landarme Bauern.

Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass die Hitlersche Argumentation und diese Programmpunkte nicht ausreichten, dass man - besonders in den Industriegebieten und den „roten Hochburgen,, - zu stärkeren Mitteln und Parolen greifen musste, wollte man wenigstens bei kleinen Gruppen von Arbeitern Fuß fassen und aus der geschlossenen Mauer von Verachtung und Feindseligkeit wenigstens einige Steine herausbrechen.

So war es kein Zufall, dass gerade im Ruhrgebiet die Sozialdemagogie der Nazis bereits in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre weit über das hinausging, was in München auf diesem Gebiet üblich war. Vor allem taten sich dabei Gregor Strasser und Joseph Goebbels hervor.

Strasser führte z. B. im Juli 1927 in einem Artikel „Ziele und Wege“, folgendes aus: „Wir sind Sozialisten, sind Feinde, Todfeinde des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems mit seiner Ausbeute der wirtschaftlich Schwachen, mit seiner Ungerechtigkeit der Entlohnung, mit seiner unsittlichen Wertung der Menschen nach Vermögen und Geld statt nach Verantwortung und Leistung, und wir sind entschlossen, dieses System unter allen Umständen zu vernichten!“, (37)

Goebbels gebärdete sich nicht weniger radikal und „sozialistisch“, als Strasser. So schrieb er etwa in seiner Werbebroschüre „Der Nazi-Sozi“, Sätze wie diesen: „Wenn auf der linken Seite 17 Millionen Proletarier im Klassenkampf die letzte Rettung sehen, so nur deshalb, weil man es sie auf der rechten Seite 60 Jahre lang durch die Praxis lehrte. Woher wollen wir die sittliche Berechtigung nehmen, gegen den proletarischen Klassenkampfgedanken anzurennen, wenn nicht zuerst der bürgerliche Klassenstaat grundsätzlich zertrümmert und abgelöst wird durch eine neue sozialistische Gliederung der deutschen Gemeinschaft.“, (38)

Aber solche „klassenkämpferischen“, Kraftübungen reichten zwar aus, um bei verschiedenen Unternehmern Zweifel in die Zuverlässigkeit und Brauchbarkeit der Nazis zu erwecken, nicht jedoch dafür, klassenbewusste kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter zu beeindrucken.

Die entscheidende Frage, der die Naziführer lange auswichen, der sie aber auf die Dauer nicht ausweichen konnten, war die praktische Stellung der NSDAP im Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern, ihr Verhalten gegenüber den Gewerkschaften, in Tarifauseinandersetzungen und bei Streiks.

Hatte die NSDAP in den Jahren der relativen Stabilisierung gegenüber diesen Fragen sich noch relativ abstinenter verhalten und ihre Werbung um Arbeiterstimmen auf Aktivitäten in den Wohnvierteln beschränken können, so wurde es mit Beginn der Weltwirtschaftskrise notwendig, um der Intensivierung des „Kampfes um die Seele des deutschen Arbeiters“, willen diese Werbung in die Betriebe selbst zu verlegen. Das lag auch im Interesse der Unternehmer, die sich von einer Nazizelle im Betrieb ein „nationales“, Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) versprechen konnten, das gegebenenfalls auch für Streikbrecherarbeit einsetzbar wäre.

Auf Druck verschiedener Funktionäre aus den Industriegebieten beschloss 1929 eine Sondertagung des Nürnberger Parteitages der NSDAP, zum Ausbau der Betriebszellenorganisation überzugehen. (39)

Im gleichen Beschluss wurde ebenfalls erklärt, Streikbrecher würden „mit Schimpf und Schande aus der NSDAP entfernt.“ (40) Dieser Teil des Beschlusses blieb natürlich ohne jegliche praktische Folgen, war doch die gesamte Betriebszellenorganisation der NSDAP ihrem innersten Wesen nach nichts anderes als eine Streikbrecherorganisation im Dienste des Unternehmertums. Der Beschluss wurde aber überdies faktisch zurückgenommen durch eine spätere ergänzende Auslegung, die besagte, Streikbruch liege nur dann vor, wenn es sich um einen von der NSBO geführten Streik handle. (41) Bis August 1932 war jedoch die Haltung der NSBO gegenüber Streiks

dadurch festgelegt, dass sie keine Streikunterstützung zahlen durfte. Zu ihrer Hauptaufgabe wurde der Kampf gegen den „Betriebsmarxismus,, also vor allem gegen die Gewerkschaften, erklärt. So hieß es in „Richtlinien für die Arbeit der NSDAP-Betriebsfunktionäre,, aus dem Herbst 1930: (42) „Der nationalsozialistische Betriebsfunktionär hat die Aufgabe,

1. den Marxismus in seinen stärksten Bollwerken - den Betrieben - zu schlagen,
2. die Betriebe zu Hochburgen des Nationalsozialismus auszubauen ...

Im Vordergrund der Propaganda hat zu stehen:

- a) Aufklärung über den Verrat ihrer politischen Führer;
- b) Wesen und Ziele des nationalen Sozialismus.,,

Über die sozialpolitische Tätigkeit der NSBO hieß es dort: „Sie umfasst:

I. Beratung der Belegschaft 1. in Tariffragen, 2. im Arbeitsrecht, 3. in der Sozialversicherung.

II. Vertretung der Belegschaft 1. gegenüber der Firma, 2. beim Arbeitsgericht 3. gegen rote Funktionäre und deren Terror.

III.. Vorbereitung und Durchführung von Betriebsratswahlen.,,

Bedeuteten diese Richtlinien mit ihrer Orientierung auf den Kampf gegen die Funktionäre der Arbeiterorganisationen bereits eine deutliche Hilfeleistung für die Unternehmer, so wurden sie durch Richtlinien der Reichsleitung der NSDAP, die im Mai 1932 bekannt wurden, noch drastisch verschärft.

In der Einleitung zu diesen „Vertraulichen Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebsmarxismus,, (43) wurde ausgeführt, es sei wiederholt betont worden,, dass die NSBO keine Gewerkschaft ist, auch nicht der Vorläufer einer solchen. Die NSBO ist nichts weiter als die spezifische Waffe zur Eroberung der Betriebe durch Niederbringung des Betriebsmarxismus. Nationalsozialisten schließen sich nur zu dem Zweck in der NSBO zusammen, um Idee und Weltanschauung in die Betriebe zu tragen. Als Gewerkschaft ist die NSBO schon durch die Feststellung des Reichsarbeitsgerichtes nicht anerkannt. Es kann also auch logischerweise keine Amtsgerichtsvertretung durch die NSBO stattfinden. Ebenfalls können bei Streiks keine Unterstützungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken sind dieserhalb bei den Herren Pg. Arbeitgebern zu zerstreuen.,,

In den Ausführungen über die Aufgaben der Nazi-Betriebsräte wurde in diesen Richtlinien die Rolle der NSBO als Spitzel- und Terrororganisation im Dienste der Kapitalisten mit folgenden Sätzen unverblümt dargelegt: „Die vornehmste Aufgabe des Nationalsozialisten im Betrieb ist der Kampf für unsere Bewegung und die Vernichtung des Feindes. In welcher Gestalt der Feind uns gegenübertritt, ob KPD, RGO oder die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die in ihrem Schlepptau befindlichen halbmarxistischen christlichen Gewerkschaften, unser Kampf gilt allen diesen Gebilden. ...Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betrieb jeden marxistischen Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, festzustellen mit genauer Adresse. Wenn irgend möglich, muss versucht werden, von jedem dieser Leute eine Fotografie zu beschaffen.... Ist der Arbeitgeber Pg., so steht demselben das Recht zu, fortwährend auf dem laufenden gehalten zu werden. Auf diese Weise ist es möglich, dass die einzelnen Betriebe nach und nach von schädlichen Elementen gesäubert werden und eine große Anzahl unserer Pg. in dem Betrieb Arbeit finden wird. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Machtergreifung von großer Bedeutung sein. ...Wichtig ist noch, die Herren Pg. Arbeitgeber darauf hinzuweisen, dass bei evtl.

unerlässlichen Lohnsenkungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbrächte als eine marxistisch verhetzte,,
Die Praxis der NSBO entsprach weitgehend diesen Streikbrecher-Richtlinien. (44)

Die Nazi-propaganda war jedoch mit großem Aufwand bemüht, die Gründung der NSBO und die Einrichtung einer Reichs-Betriebszellen-Abteilung bei der Reichsleitung der NSDAP als einen Schritt zu verstärktem Kampf für Arbeiterinteressen durch die NSDAP auszugeben.

Die Verschärfung des Klassenkampfes, vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 1932, zwang auch die Naziführung gegen ihren Willen dazu, nicht nur ihre sozialdemagogischen Parolen zu verschärfen, sondern darüber hinaus der NSBO zu gestatten, in bestimmten Fällen sich an Streiks zu beteiligen und sogar zu versuchen, sich an die Spitze zu stellen, um endlich einen Einbruch in die „marxistische Front,, zu erzielen.

Mit Wirkung ab 1. August 1932 gab die Leitung der NSBO Streikunterstützungs-Bestimmungen heraus. (45) In den einleitenden allgemeinen Bemerkungen wurde ausgeführt: „Der politische Kampf der NSBO in den Betrieben bringt es mit sich, dass wir bei wirtschaftlichen Kämpfen (Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen usw.) unseren Mitgliedern Unterstützung (Barbezüge und Lebensmittel) gewähren müssen. ...Ganz allgemein ist zu beachten: Die NSBO ist keine Gewerkschaft, noch nicht einmal ein gewerkschaftsähnliches Gebilde, sondern sie war und ist die politische Kampfform der NSDAP in den Betrieben, um Adolf Hitlers Idee zu verbreiten, den Betriebsmarxismus zu zerschlagen und brauchbare deutsche Arbeiterelemente für den Nationalsozialismus zu gewinnen... Die Zielsetzung der NSBO ist eine ausgesprochen politische; sie will die Befreiung der deutschen Arbeiterschaft aus den Fängen des internationalen jüdischen Marxismus. Diese Arbeit verrichtet sie vor allem in den Betrieben, den Brutstätten des Marxismus. Sie kämpft genau so wie die NSDAP in ihrer Gesamtheit, für die soziale Besserstellung des deutschen Arbeiters. Dabei bleibt es nicht aus, dass sie positiv zu den gegenwärtigen Wirtschaftskämpfen Stellung nehmen muss.,,

Dieser recht gequälten Feststellung, der deutlich anzumerken ist, wie widerstrebend sich die Naziführer zu einer solchen „positiven Stellungnahme,, entschlossen, folgte ein Versuch, diese Stellungnahme zu rechtfertigen, indem die „gegenwärtigen Wirtschaftskämpfe,, aus Klassenkämpfen in einen Rassenkampf umgedeutet wurden: „Der Arbeiter ist politisch unfrei und sozial verklavt dank der langjährigen marxistischen Herrschaft, die heutige Wirtschaft ist ihrem Wesen nach liberal-kapitalistisch dank der Vorherrschaft des jüdischen internationalen Finanzkapitals und des mangelnden Volksgenossenschaftsgefühls. Zwischen beiden Hauptgruppen spielen sich heute die wirtschaftlichen Kämpfe ab. Bei keiner gütlichen, tariflichen oder sonstigen Einigung ist die schärfste Waffe des Arbeiters der Streik. Diesen Streik, sofern er eindeutig wirtschaftlich gerechtfertigt ist und wenn die soziale Lage des Arbeiters noch mehr menschenunwürdig gestaltet werden soll, dass er kaum noch leben kann (! - K. G.), bejahen wir. Ausgesprochen politische Streiks, die lediglich mit dem Deckmantel wirtschaftlicher Forderungen umgeben sind, lehnen wir in vollster Verantwortlichkeit vor unausbleiblichen Maßregelungen und fristlosen Entlassungen der Belegschaft rundweg ab. Die Entscheidung, ob ein Streik politisch oder wirtschaftlich gerechtfertigt ist, liegt nach Vorprüfung durch die Gauhauptabteilungsleiter VI beim Hauptabteilungsleiter VI der Reichsorganisationsleitung oder dessen Stellvertreter.,,

Also nur bei Streiks, bei denen die Arbeiter ums nackte Überleben kämpften, sollte die NSBO mitstreiken dürfen! Damit dieses Kriterium aber ja auch eingehalten würde, wurde die Erlaubnis

zum Streiken an die Bedingung geknüpft, dass zunächst der Gauhauptabteilungsleiter VI gewissenhaft prüfe, „welche Ursache zum Streik führte,„ Nach „verantwortungsvoller Prüfung,„ hatte er einen Bericht an die Hauptabteilung VI nach München zu schicken. Die ganze Furcht der Nazi-„Arbeiterführer,„ eine Streikbeteiligung könnte einmal in einem „falschen,„ Betrieb, nämlich dem eines der Förderer und Finanziers der NSDAP, erlaubt werden, spricht aus der folgenden Instruktion:

„Der Bericht ist deshalb außerordentlich wichtig, weil er erstens die Grundlage zur endgültigen Entscheidung ist, ob der Streik geführt werden soll oder nicht, und zweitens die Hauptabteilung VI u. a. politisch belasten kann, falls er Ungenauigkeiten oder glatte Unwahrheiten enthält. Daher: Genaueste Präzision der Angaben!„ Unangemeldete Streiks würden nicht anerkannt, folglich auch keine Unterstützungsgelder bezahlt.

Großes Gewicht wurde auf die propagandistische Ausschlichtung von Streikbeteiligungen gelegt: „Besser als die umlangreichste Propaganda wirkt die Tatsache auf die Arbeiterschaft, dass die NSBO sich bei wirtschaftlich berechtigten Streiks an die Spitze der Streikenden stellt. Deshalb ist die Popularisierung eines Streiks unter nationalsozialistischer Führung äußerst wichtig,„ Vor allem wurde Wert darauf gelegt, „die Tatsache allgemein bekannt zu machen, dass die NSBO bei Streiks Unterstützungen zahlt, deren Höhe der Gewerkschaftsunterstützung gleichkommt, sie meistens noch übertrifft,„ Dies gebe auch Gelegenheit, „darauf hinzuweisen, dass hinter jedem NSBO-Mitglied nicht nur die gesamte NSBO steht, sondern die Macht und die Solidarität einer Millionenpartei!„

Ihren absoluten Höhepunkt erreichte die faschistische Sozialdemagogie gegenüber der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit der Streikwelle, die sich - zumeist unter Führung der RGO – gegen die Papensche Lohnraubnotverordnung vom September 1932 erhob. Im Oktober verbreitete die NSBO ein Flugblatt mit der fettgedruckten Schlagzeile: „Bekanntnis zum Streik als Kampfmittel gegen die Verelendungspolitik,„ In dem Flugblatt hieß es: „Jede Gegenwehr der durch die letzte Notverordnung des Herrn von Papen aufs tiefste verelendeten Volksgenossen ist nicht nur moralisch, sondern auch wirtschaftlich berechtigt. Darum stellt sich die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation in diesem Kampfe an die Spitze der deutschen Arbeiterschaft... Bei dieser Abwehr verzichten wir auch nicht auf den Streik!... Das ist unser Streik gegen Papen und seine Hochfinanz!... Jeder berechtigte Streik gegen den Elendkurs des Systems findet unsere Unterstützung in jeder Form. Angesichts des Versagens der Gewerkschaften haben wir die Führung im Kampfe übernommen,„ (46)

Angesichts solcher Großmäuligkeit konnten es die Nazis nicht wagen, offenen Streikbruch zu begehen, als Anfang November 1932 die Berliner Verkehrsarbeiter unter Führung der RGO in den Streik traten. Sie erklärten offiziell ihre Teilnahme am Streik und entfachten darüber einen riesigen Propagandalärm. Goebbels als Gauleiter und die Berliner NSBO-Führer Muchow und Engel taten indessen alles, um die Streikfront der BVG-Arbeiter zu desorganisieren. (47)

Immerhin hatten die Naziführer mit der Beteiligung am BVG-Streik die Grenze dessen überschritten, was auch ihnen wohl gesonnene Vertreter der Monopolkreise zu gestatten oder wenigstens nachzusehen bereit waren, und die Nazis waren sich dessen wohl bewusst. Aber sie befanden sich in einer Zwangslage. Neue Reichstagswahlen standen am 6. November 1932 vor der Tür. Die letzten Wahlen im Juli hatten gezeigt, dass das bisherige Wählerreservoir der Nazipartei erschöpft war und die Partei seit Frühjahr 1932 stagnierte; aus dem bürgerlichen Lager war kein weiterer Zuwachs mehr zu erwarten. Aber die Nazipartei *musste* einen neuerlichen Wahlsieg erringen, sie *musste* endlich den Beweis erbringen, dass sie fähig war, ihre Wählerstimmen nicht

nur aus dem bürgerlichen Lager, sondern auch aus dem Lager der Arbeiterparteien zu holen. Sonst würde es sehr schwer, wenn nicht aussichtslos sein, den Widerstand des Reichspräsidenten Hindenburg und der hinter ihm stehenden Kreise aus der Finanzoligarchie und dem Junkertum gegen eine Übertragung der Kanzlerschaft an den Naziführer zu überwinden. Hinzu kam der wachsende Druck der eigenen Anhänger, denen die Not im Nacken saß, deren Tatendrang durch die Nazi-propaganda zur Siedehitze aufgepeitscht worden war und die nun der vielen Verheißungen müde waren und nur noch durch Aktionen bei der Stange gehalten werden konnten.

So war die im August vollzogene taktische Wendung der Nazi-partei zur Streikbeteiligung das Manöver einer krisengeschüttelten Partei, die alles auf eine letzte Karte setzte, um einer Wahlniederlage zu entgehen.

Als Hitler am 19. November von Hindenburg zu einer Unterredung empfangen wurde, wusste er auf Hindenburgs Frage, weshalb die Nazis sich am BVG-Streik beteiligt hätten, nur zu antworten: „Die Leute sind sehr erbittert. Wenn ich meine Leute von der Beteiligung abgehalten hätte, hätte der Streik doch stattgefunden, aber ich hätte meine Anhänger in der Arbeiterschaft verloren..“ (48)

Mit den angeführten Beispielen dürfte hinlänglich bewiesen worden sein, dass die Spezifik der faschistischen Kampfweise - die untrennbare Verbindung von brutalstem Terror und skrupelloster Sozialdemagogie - gewissermaßen naturnotwendig aus der Übernahme des Auftrages zur Lösung der eingangs mehrfach genannten Doppelaufgabe gegenüber der Arbeiterklasse und ihren Organisationen durch die faschistischen Führer erwuchs.

Mit besonderer Deutlichkeit wurde das erkennbar am tatsächlichen Charakter der NSBO und dem, wofür sie in der Nazi-propaganda den Arbeitern gegenüber ausgegeben wurde.

Es bleibt schließlich die Frage nach dem Ergebnis der faschistischen Bemühungen um die Arbeiterschaft. Auf eine kurze Formel gebracht, könnte man sagen: Diese Bemühungen blieben - jedenfalls bis 1933 und noch lange danach - erfolglos, aber nicht ergebnislos.

Sie blieben erfolglos, weil es nicht gelang, das Hauptziel zu erreichen, nämlich den ideologischen Einbruch in die sozialistische Arbeiterbewegung (worunter hier die sozialdemokratische und die kommunistische Bewegung verstanden wird). Mehr noch: Es gelang den Faschisten ebenfalls nicht, die Masse der dem katholischen Zentrum folgenden Arbeiter von dieser Partei und den christlichen Gewerkschaften zu lösen. Der Kampf der Nazis und ihrer NSBO um die Betriebe, die „Brutstätten des Marxismus..“, endete mit einer eklatanten Niederlage der Faschisten.

Im Jahre 1929 hasten sie den Startschuss für die Gründung der NS-Betriebszellen gegeben. Nach zwei Jahren, im März 1931 hatte die NSBO ganze 4131 Mitglieder. (49) Um hier einen gründlichen Umschwung zu erreichen, wurden alle NSDAP-Mitglieder, soweit sie Lohn- oder Gehaltsempfänger waren, verpflichtet, der NSBO beizutreten. Im September 1931 wurde eine große Aktion „Hinein in die Betriebe..“ (die so genannte „HiB-Aktion..“) gestartet, mit der großspurigen Losung „Jeder Betrieb eine Burg des Nationalsozialismus..“, und dem Werbevers „Keine Arbeitsstelle ohne Nazizelle!..“ (50) Im Ergebnis dieser Maßnahmen erhöhte sich die Mitgliederzahl bis zum Ende des Jahres 1931 auf 39.316. (51) Parallel zur raschen Zunahme der Parteimitgliedschaft im Jahre 1932 wuchs die Mitgliederzahl der NSBO bis Ende 1939 auf 300.000 an. (52) Wie gering dieser Erfolg war, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, dass ein sehr Großer Teil

dieser Zahl auf Angestellte entfiel, und wenn man dem außerdem einige andere Zahlen gegenüberstellt: Ende 1932 betrug die Mitgliederzahl der NSDAP über 800.000, die Zahl der Naziwähler am 6. November 1932 11,7 Millionen. Die freien Gewerkschaften hatten 1931 4,1 Millionen Mitglieder (Zahlen über 1932 liegen nicht vor), die christlichen Gewerkschaften rund 700.000 (bei 4,2 Millionen Wählern des Zentrums bei den Novemberwahlen). (53)

Ein weiterer Maßstab für den Misserfolg der Werbeanstrengungen der NSBO waren die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1931. Die NSBO stellte erstmals eigene Listen auf und fiel glatt durch. Von der Gesamtzahl der gewählten Betriebsräte entfielen auf die freien Gewerkschaften 83,6 Prozent, auf die Roten Einheitslisten 3,4 Prozent, auf die Nazis 0,5 Prozent. (54) (Im Jahr 1932 wurden keine Betriebsratswahlen durchgeführt.) Wo die Nazis Betriebsräte durchbrachten, handelte es sich überwiegend um Betriebe, in denen sie sich auf der Angestelltenliste aufstellen ließen, bzw. um Banken und Verwaltungen. (55)

Bekannt ist schließlich auch, dass die Arbeiter die einzige Bevölkerungsgruppe waren, deren Anteil an der Mitgliedschaft der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei geringer war als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft der NSDAP lag 1932 um 38,8 Prozent unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. (28,1 % Anteil NSDAP, 45,8 % Anteil an Bevölkerung.) (56)

Die entsprechenden Zahlen für die anderen Bevölkerungsgruppen lauteten:

Angestellte: 113,5 Prozent über dem Anteil a. d. Gesamtbev. (25,6:12,0)

Selbständige: 1 30,0 Prozent über dem Anteil a. d. Gesamtbev. (20,7:9,0)

Beamte: 62,7 Prozent über dem Anteil a. d. Gesamtbev. (8,3:5.1)

Bauern: 32,0 Prozent über dem Anteil a. d. Gesamtbev. (14,0:10,6)

Alle angegebenen Daten lassen erkennen, weshalb wir davon sprachen, dass die Werbebemühungen der Nazis um die Arbeiter erfolglos, aber nicht ergebnislos blieben. Was ihnen bei den Arbeitern nicht gelang, gelang ihnen nämlich um so gründlicher bei den Mittelschichten in Stadt und Land.

Zur Massenpartei entwickelte sich die faschistische Partei also nicht als „rationale Arbeiterpartei,, sondern als Kleinbürgerpartei, genauer gesagt: als imperialistische Partei mit vorwiegend kleinbürgerlicher Gefolgschaft.

Wo die Ursachen dafür lagen, dass bestimmte Schichten des Kleinbürgertums sich einer Bewegung anschlossen, die nicht nur die Fahne des Nationalismus schwenkte, der diese Schichten schon immer gefolgt waren, sondern die sich auch als sozialistisch ausgab, ist eine Frage für sich. Hier soll nur so viel gesagt werden, dass der Verlust des Vertrauens breiter kleinbürgerlicher Kreise in den Kapitalismus als beste aller Ordnungen, das Verlangen nach einer neuen, sozial gerechteren, die Mittelschichten vor der Ausplünderung durch das große Kapital schützenden Ordnung, deren Herstellung sie von den Faschisten erwarteten, gleichfalls eine Folge und zugleich ein Symptom der allgemeinen Krise des Kapitalismus war. Aber die faschistische Partei war nicht entstanden als eine originäre Partei des radikalisierten Kleinbürgertums, das etwa mit

Hilfe dieser Partei und im Zweifrontenkampf gegen die Arbeiterbewegung und das Großkapital die Macht erobern wollte, wie dies die Verfechter der Theorie vom Faschismus als einer „sozialen Bewegung,, (57), und die „Bonapartismus,-Theoretiker behaupten. (58)

Die Geschichte der Faschistenpartei hat den Beweis erbracht für die Unlösbarkeit der „Doppelaufgabe,, der Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Arbeiterbewegung insgesamt. Sie hatte aber auch die unvorhergesehene Möglichkeit aufgezeigt, gestützt auf eine aus dem Kleinbürgertum rekrutierte militante und terroristische Massenbewegung faschistischen Typs im Zusammenwirken mit dem staatlichen Gewaltapparat den Sieg über die gesamte Arbeiterbewegung und alle demokratischen Kräfte zu erringen und auf formal legalem Wege, d. h. ohne riskanten Putsch, zu der von den reaktionärsten Elementen des Finanzkapitals erstrebten offenen Diktatur zu gelangen.

Nachdem diese Möglichkeit einmal gefunden und erprobt war, bedurfte es zur Motivation für die Gründung faschistischer Parteien in anderen Ländern nicht mehr der „Doppelaufgabe,, das Motiv des Vernichtungskampfes gegen die Arbeiterbewegung reichte vollständig aus. Ob und in welchem Maße dabei jeweils doch auch das Motiv der Schaffung einer Massenbasis in der Arbeiterklasse mitspielte - und noch heute mitspielt-, das muss in jedem einzelnen Falle untersucht werden.

Die Geschichte der faschistischen Bewegungen hat aber auch noch ein anderes gezeigt: dass nämlich auch eine faschistische Partei der imperialistischen Bourgeoisie keine Gewähr dafür bietet, die gewünschte Massenbasis zu gewinnen. Zwar ist das stets ihr Ziel. Aber es wäre verfehlt, der faschistischen Bewegung von vornherein die Fähigkeit zuzuschreiben, dieses Ziel zu erreichen. Es hängt nicht zuletzt von der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut, von ihrer richtigen Bündnispolitik ab, alle dahin zielenden Bemühungen zu durchkreuzen.

Vortrag, in gekürzter Form gehalten auf der wissenschaftlichen Konferenz der Historikerkommission UdSSR—DDR in Kiew, 19.-21. 9. 1978, veröffentlicht in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg,, Nr. 1-4/ 1980, S. 32-71. Gossweiler, Kurt, Aufsätze zur Faschismus, 2 Bände, Band II, Pahl-Rugenstein, Köln, 1988, S. 439-467.

Anmerkungen:

(1) Siehe die diesbezüglichen Beiträge in Faschismusforschung. Positionen Probleme Polemik. Hg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Berlin 1980: Ruge, Wolfgang, Monopolkapital, faschistische Massenbasis und NS Programmatik 1920 1933; Petzold, Joachim, Die Herausbildung der Naziideologie; Gossweiler, Kurt, Faschismus und Arbeiterklasse. Im letztgenannten Beitrag erstreckt sich die Untersuchung auf den italienischen und deutschen Faschismus.

(2) Lenin, W.I., Werke, Bd. 16, Berlin 1964, S. 356.

(3) Ullrich, Robert, Deutsche Vaterlandspartei (DVLP) 1917 1918, in: Handbuch der bürgerlichen Parteien, Bd. I, Leipzig 1968, S. 627.

(4) ZStAM, Rep. 92, Nachlass Kapp. Bd. C VI 9.

- (5) Handbuch der bürgerlichen Parteien, Bd. 1, S. 624, 627.
- (6) Stegmann, Dirk, Zwischen Repression und Manipulation: konservative Machteliten und Arbeiter und Angestelltenbewegung 1910 1918. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der NSDAP, in: Archiv für Sozialgeschichte. Hg. von der Friedrich Ebert Stiftung. Bd. XII 1972, Bonn - Bad Godesberg 1972, S. 381f.
- (7) Ebenda, S. 383.
- (8) Ebenda, S. 388.
- (9) Ebenda, S. 388f.
- (10) Ebenda, S. 386
- (11) ZStAM, Rep. 92, Nachlass Kapp, Bd. D X 77, Bl. 40 (Brief Gellerts an Kapp v. 8. 11. 1917).
- (12) Ebenda, Bl. 5 (Gellert an Kapp, 27. 9. 1918). Rl. 3 (Gellert an Kapp, 20.7.1918).
- (13) Ebenda, Bl. 39f. (Brief Gellerts an Kapp v. 8. 11. 1917).
- (14) Ebenda.
- (15) Ebenda und Stegmann, S. 396.
- (16) ZStAM, Nachlass Kapp, D X 77, Bl.42.
- (17) So zutreffend Stegmann, S. 391, dem das Verdienst gebührt, die DAAP entdeckt und ihre Bedeutung als eine Vorläuferin der NSDAP erkannt zu haben.
- (18) Maser, Werner, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt/M. Bonn 1965, S. 150.
- (19) Erich Ludendorff im Prozeß gegen ihn, Hitler und die anderen führenden Teilnehmer des Putsches vom 8./9. November 1923: „Die völkische Bewegung machte den international denkenden Arbeiter wieder national. Ich und meine Freunde von ‚Oberland‘ und von den ‚Nationalsozialisten‘ haben immer geglaubt, dass wir nur durch die Gesundung der deutschen Arbeiterschaft zur Freiheit kommen können. (Der Hitler-Prozeß. Auszüge aus den Verhandlungsberichten, München 1924, S. 55.)
- (20) ZStAM, Rep. 92, Nachlass Kapp, Bd. E II 26, Bl. 339f.
- (21) Bennecke, Heinrich, Hitler und die SA, München Wien 1962, S. 46.
- (22) Maser, Frühgeschichte, S. 234.

(23) Zit. nach: Adolf Hitler und seine Bewegung im Lichte neutrale Beobachter und objektiver Gegner, 2. Aufl., München 1958, S. 11f.

(24) ZStAP, DNVP, Bd. 393, Bl. 22f.

(25) Berliner Börsen Zeitung vom 14. Oktober 1930.

(26) Zit. nach: Tyrell, Albrecht, Führer befehlt ... Selbstzeugnisse aus der ‚Kampfzeit‘ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 47-55.

(27) Ebenda, S. 48.

(28) Zit. nach: Jochmann, Werner, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919, Frankfurt/M.1960, S. 102 f.

(29) Die Rede ist abgedruckt bei: Turner, Henry Ashby, Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 41 ff.

(30) Ebenda, S. 57.

(31) Ebenda, S. 58.

(32) Hitler, Adolf, Vortrag vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrieklub in Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J., S. 9 ff.

(33) Ebenda.

(34) Berliner Arbeiter Zeitung vom 23. 11. 1928, zit. nach: Rudowsky, Harald, Die Nationalsozialistische Betriebszellen Organisation (NSBO) im Propaganda und Terrorapparat der NSDAP von ihren Anfängen im Jahr 1928 bis zu ihrer Beteiligung an der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933, Diplomarbeit Humboldt Universität Berlin, 1971, S. 17.

(35) Zit. nach: Rudowsky, S. 17.

(36) Jochmann, Kampf, S. 116.

(37) NS Briefe, Juli 1927, zit. nach Kühnl, Reinhard, Die nationalsozialistische Linke 1925 1930, Meisenheim am Glan 1966, S. 283.

(38) Zit. nach: Schildt, Gerhard, Die Arbeitsgemeinschaft Nord West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26. Phil. Diss., Freiburg 1964, S. 76.

(39) Rudowsky. S. 33 f.

(40) Ebenda, S. 96 (Wortlaut des Beschlusses).

(41) Ebenda, S. 71.

(42) Düwell, Bernhard, Gewerkschaften und Nationalsozialismus, Berlin 1931, S. 30 32; zit. nach: Rudowsky, Dok. 2. des Dokumentenanhanges.

(43) Die Richtlinien sind wiedergegeben in: Betriebsarchive sagen aus. Der Kampf der Arbeiter der Filmfabrik Agfa Wolfen unter Führung der KPD gegen Ausbeutung, Faschismus und Krieg in der Zeit von 1931 bis Anfang 1933, bearbeitet v. Heinz Beike, Manuskriptdruck, o. O. 1961, S. 29 32.

(44) Siehe dazu beispielsweise die Berichte in der Internationalen Gewerkschaftspressekorrespondenz, Nr. 74 vom 16. 9. 1932, S. 907 f.

(45) ZStAP, Reichsinnenministerium, Bd. 26 133, Bl. 341 343.

(46) Siehe Arbeitertum, Nr. 18 vom 15. 11. 1932; (ZStAP, Reichsinnenministerium, Bd. 26 133, Bl. 335).

(47) Zur Rolle der Naziführung im BVG Streik siehe die Berichte in der Internationalen Gewerkschaftspressekorrespondenz der Nummern 87-89 von 1932.

(48) Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über Unterredung Hindenburg-Hitler am 19. 11. 1932; (ZStAP, Büro des Reichspräsidenten, Bd. 47, Bl. 338 340; siehe auch S. 67 ff. dieses Bds.).

(49) Rudowsky, S. 93.

(50) Ebenda, S. 60.

(51) Ebenda, S. 93; siehe auch Roth, Hermann, Die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) von der Gründung bis zur Röhm-Affäre (1928 1934), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1978, Teil I, S. 49-66.

(52) Rudowsky, S. 93

(53) Siehe Dokumente zur deutschen Geschichte 1929 1933, hg. V. Wolfgang Ruge und Wolfgang Schumann, Berlin 1975, S. 97, 107.

(54) Die folgenden Zahlen nach Rudowsky, S. 53.

(55) Ebenda.

(56) Errechnet nach Angaben bei Kühnl, Reinhard, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 1975, S. 98.

(57) Siehe Schieder, Wolfgang (Hg.), Faschismus als soziale Bewegung, Hamburg 1976; Leppert Fögen, Anette, Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums, Frankfurt/M. 1974, S. 259; (es handelt sich dabei um eine Verteidigung der Trotzki'schen Faschismusauffassung).

(58) Siehe z. B. Schild, Stefan, Faschismustheorie im Zerrspiel der Politik, I u. II, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, Hamburg, 2/1978, S. 92 120, u. 3/1978, S. 106 123.